

CORRADO MISTRI

Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Trient

R E D E B E I T R A G

in der Generalversammlung des Oberlandesgerichts anlässlich der
Eröffnungsansprache für das Gerichtsjahr 2025



Trient, den 25. Januar 2025



Herr Präsident, verehrte Richterinnen und Richter

1. Vorwort - Grußworte. Im Namen aller Staatsanwälte des Sprengels richte ich mein erstes Grußwort an den Präsidenten der Republik, den obersten Garanten der Verfassungsgrundsätze, verbunden mit dem Ausdruck meiner tiefsten Dankbarkeit für die Sensibilität und Aufmerksamkeit, die er den Fragen der Justiz stets entgegenbringt.

Ich begrüße die Vertreter des Obersten Rates für das Gerichtswesen und den Justizminister, die Vertreter der Autonomen Region Trentino-Südtirol, die heute ein wichtiger Akteur und Protagonist bei der Organisation, der Verwaltung und der Unterstützung der Rechtsprechung in diesem Gebiet ist, die Mitglieder des Justizrates, die Vertreter der Anwaltschaft, die zivilen, militärischen und religiösen Behörden und die angesehenen Gäste, die alle zu dieser feierlichen Zeremonie eingeladen sind.

Ich möchte meinen Kolleginnen und Kollegen, sowohl den berufsmäßigen als auch den ehrenamtlichen Mitgliedern des Richterstandes des Sprengels und den Bediensteten dafür danken, dass sie trotz der täglichen Schwierigkeiten, mit denen sie konfrontiert sind, einen wichtigen Beitrag zur Rechtspflege geleistet haben; ebenso bedanke ich mich bei den Ordnungskräften und bei der Gerichtspolizei, die für die konkrete Umsetzung der Legalität von grundlegender Bedeutung sind.

Zu guter Letzt möchte ich mich auch bei den Mitgliedern des Haydn-Orchesters bedanken und hoffe, dass diese schöne Tradition des Trentino auch in den kommenden Jahren fortgesetzt wird.

Dieser Bericht gliedert sich in drei Teile: Im ersten Teil wird die Tätigkeit der Generalstaatsanwaltschaft dargestellt, im zweiten Teil die Tätigkeit der Staatsanwaltschaften im Sprengel und im dritten Teil schließlich die Perspektiven und Ziele des Amtes, das die Organisation der Staatsanwaltschaften auf Sprengelebene unterstützen soll.

2. Die Tätigkeit der Generalstaatsanwaltschaft. Die Generalstaats-anwaltschaft Trient hat in meinem ersten Jahr als Leiter der Behörde eine intensive und fruchtbare Tätigkeit entfaltet.

Die Überarbeitung der Internetseite des Amtes, die auf die entsprechende ministerielle Plattform übertragen wurde, ist abgeschlossen; in diesem Zusammenhang habe ich den Leitenden Staatsanwälten gegenüber die Bedeutung und die Notwendigkeit der Anpassung der Websites an die geltenden Vorschriften zu diesem Thema und insbesondere an die Mindestanforderungen des Rundschreibens des Justizministeriums vom 7. Mai 2004, Prot. Nr. 6515/04 Uff. Sist. Com/GL Com/GL, dargelegt; im Rahmen der Autonomie jedes Amtes bei der Festlegung des Inhalts der eigenen *Website* wurden mit Gesetz vom 9. September 2024, Prot.-Nr. 4025/2024, Hinweise zur Gewährleistung einer korrekten Umsetzung der Websites durch die Identifizierung der Makrobereiche und/oder gemeinsamer Seiten sowie einer Bezugsperson erteilt, mit der Empfehlung, dass unter den Diensten, die auf allen *Websites* des Sprengels vorhanden sein sollen, ein Link mit direktem Zugang zur "Stanza del Cittadino" (Bürgersaal), einer Plattform, die den digitalen Zugang zu öffentlichen Diensten auch direkt von *Smartphones* oder *Computern* aus ermöglicht, bereitgestellt wird, um die Interaktion der Bürger mit der öffentlichen Verwaltung auch durch die Nutzung innovativer Technologien zu erleichtern.

Die Bereinigung und Migration der gemeinsam genutzten Ordner des Amtes zum *SharePoint-System* wurde abgeschlossen, um die gemeinsame Nutzung von Dokumenten innerhalb der Justizbehörden effizienter und sicherer zu gestalten; *interne* Software-Anwendungen wurden außer Betrieb genommen.

Die Leitung des Amtes hat zusammen mit und in voller Übereinstimmung mit der Leitung des Oberlandesgerichts, auch dank der Zusammenarbeit mit dem Technischen Sekretariat des Sprengels, das per OLG-Anordnung vom 19. April 2024 eingerichtet wurde, mit Aufmerksamkeit und aktiver Beteiligung sowohl das Projekt für die Errichtung des neuen Justizpols in Bozen verfolgt sowie die Arbeiten zur Renovierung des Justizpalastes in Trient, wobei ich mit Genugtuung feststelle, dass die Landesregierung Trient in ihrer letzten Sitzung des Jahres 2024 die Ausschreibung der Arbeiten zur Renovierung des ehemaligen Gefängnisgebäudes in der Via Pilati und zum Bau des Archivs genehmigt hat.

Die vom Generalstaatsanwalt geleistete Arbeit im Bereich der Sicherheit von Gerichtsgebäuden ist bemerkenswert; in diesem Zusammenhang möchte ich an die relevanten Maßnahmen erinnern:

- die an die Region Trentino/Südtirol gerichteten operativen Vorgaben in Bezug auf das Ausschreibungsverfahren für die Neuausschreibung des Sicherheitsdienstes für die Gebäude, in denen die Gerichtsämter im Sprengel untergebracht sind; die Vorgaben sind im Gesetz vom 28. März 2024, Prot. Nr. 1658/2024, nachzulesen;
- die neuen Sicherheitsrichtlinien für den Zugang zu den Justizgebäuden, die in der Verordnung

vom 17. Juli 2024, Prot. Nr. 3423/2024, nachzulesen sind;

- den IT-Sicherheitsplan sowie das Dokument zur Datensicherheit, das in der Verfügung vom 12. September 2024, Prot. 61/2024, nachgelesen werden kann;
- die neuen Richtlinien und Bestimmungen bezüglich der Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten, die für die Verwaltung des vorrangigen Zugangskontroll- und Sicherheitssystems des Justizpalastes in Trient - Largo Pigarelli - durchgeführt werden, die von den Berechtigten freiwillig angefordert werden und die in der Anweisung vom 16. September 2024, Prot. 62/2024, nachzulesen sind;
- die neuen Bestimmungen zur Videoüberwachung in Gerichtsgebäuden im Sprengel, die im Gesetz vom 14. November 2024, Prot. 5123/2024, nachzulesen sind.

Mit Dekret Nr. 20/2024 vom 21. Mai 2024 wurde das Organisationsdokument des Amtes ausgearbeitet, das der Oberste Rat für das Gerichtswesen mit Beschluss vom 25. September 2024 zur Kenntnis genommen hat, nachdem keinerlei Anmerkungen vorgeschlagen wurden und der zuständige Justizrat einstimmig eine positive Stellungnahme abgegeben hat. Das Organisationsdokument ist in acht Abschnitte gegliedert und beschreibt nach der einleitenden Präambel die Hauptaufgaben und die Rolle des Generalstaatsanwalts, des Generalanwalts und der stellvertretenden Generalstaatsanwälte, um dann die Kriterien für die Zuweisung von Geschäften an die Staatsanwälte in der Zentralstelle und in den Außenstellen, die Funktionen der MAGRIF und schließlich die Kriterien für die Organisation und Verteilung der Arbeit der Justizbediensteten anzugeben.

Die Ausübung der Koordinierungstätigkeit, die gemäß Artikel 6 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 106 vom 20. Februar 2006 institutionell dem Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht obliegt, erfolgte durch die Anwendung des Organisationsmodells der Bezirkskonferenzen, die in Anwesenheit des Generalstaatsanwalts, des Generalanwalts und der Leiter der Staatsanwaltschaften des Sprengels abgehalten werden; während der Sitzungen werden auf der Grundlage einer zuvor mitgeteilten Tagesordnung Fragen erörtert, die Gegenstand wünschenswerter einheitlicher Feststellungen auf Sprengелеbene sind; am Ende der Beiträge, die sich bisher immer als anregend und fruchtbar erwiesen haben, sieht der Generalstaatsanwalt die Herausgabe von Leitlinien auf Sprengелеbene in den von den Konferenzen behandelten Angelegenheiten vor.

Daher wurden von mir fünf Bezirkskonferenzen einberufen, die während des Prüfungszeitraums stattfanden, nämlich

- am 31. Januar 2024 zum Thema geschlechtsspezifische Gewalt und zum sogenannten *Codice Rosso*; daraufhin wurden mit Anweisungen vom 22. Februar 2024, Prot. Nr. 1001/2024, vom 17. April 2024, Prot. Nr. 1959/2024, und vom 30. Mai 2024, Prot. Nr. 2654/2024, die entsprechenden Orientierungskriterien auf Sprengелеbene erlassen;

- am 27. März 2024 über die institutionellen Mitteilungen der Staatsanwaltschaften und der Gerichtspolizei sowie über die Übernahme und die Mitteilungen der Leitenden Staatsanwälte, gemäß Artikel 127, DfB StPO. Die entsprechenden Richtlinien auf Sprengelebene wurden mit Verfügungen vom 11. April 2024, Prot.-Nr. 1854/2024 und vom 29. Juni 2024, Prot.-Nr. 3122/2024, sowie mit Anweisungen vom 5. und 11. April 2024, Prot.-Nr. 1746/2024 und 1855/2024, erlassen;
- am 24. Mai 2024 zum Thema Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen (offener Strafvollzug) und Hausarrest sowie Vollstreckung von Geldstrafen; daraufhin wurden mit Verfügung vom 12. Juni 2024, Prot.-Nr. 2870/2024, die entsprechenden Richtlinien auf Sprengelebene erlassen;
- am 24. Juli 2024 zum Thema Änderungen des Vollstreckungsverfahrens, die sich aus dem Inkrafttreten des Gesetzesdekrets Nr. 92 von 2024 ergeben; infolgedessen wurden die entsprechenden Orientierungskriterien mit Verfügungen vom 30. Juli 2024, Prot.-Nr. 3595/2024, und vom 30. September 2024, Prot.-Nr. 4376/2024, erlassen;
- am 13. Dezember 2024 zu den Themen ‚Eintragung von Nachrichten über strafbare Handlungen‘, ‚Wiederaufnahme von Ermittlungen‘ und ‚Koordinierung von Ermittlungen‘; daraufhin wurden mit der Verfügung Nr. 5680/2024 vom 17. Dezember 2024 die entsprechenden Orientierungskriterien auf Sprengelebene erlassen.

Anhaltende kritische Zustände sind weiterhin bei den unbesetzten Beamten- bzw. Bediensteten-Stellen zu registrieren; dies betrifft auch die Generalstaatsanwaltschaft, wo insbesondere das andauernde Fehlen eines Verwaltungsleiters und eines Direktors (seit gut fünf Jahren, sprich seit dem 27. Januar 2020) und somit der Spitzenpositionen des Verwaltungspersonals im Laufe der Zeit zu schwerwiegenden Engpässen und kritischen Zuständen geführt hat und immer noch führt, wie man sich leicht vorstellen kann.

Die Region hat sich zwar verpflichtet, neue Auswahlverfahren zu organisieren, aber das reicht nicht aus; in dieser Hinsicht hoffe ich sehr, dass im kommenden Jahr das Verfahren für den Abschluss von Vereinbarungen eingeleitet wird, die darauf abzielen, die Dienstleistungsstandards und Parameter für die Erfüllung der übertragenen Aufgaben festzulegen, insbesondere im Hinblick auf die personelle Ausstattung des Verwaltungspersonals der Justizämter im Sprengel, wie dies im Tätigkeitsprotokoll zwischen dem Justizministerium und der Autonomen Region, das am 24. Juli 2023 in Brixen unterzeichnet wurde, ausdrücklich vorgesehen ist; in diese Richtung werden meine Bemühungen und Anregungen gehen.

Die Situation in den Gefängnissen hat, soweit mir bekannt ist, keine besonderen Auffälligkeiten, sprich gefährliche Situationen, gezeigt, und dies in einem Rahmen, der durch eine gravierende Unterbesetzung des Gefängnispersonals und in einem Umfeld - ich beziehe mich auf das Bozner Gefängnis - gekennzeichnet ist, das von mehreren Seiten als äußerst kritisch bezeichnet wird; diese Situation ist im Übrigen den nationalen und lokalen institutionellen Behörden bekannt und in diesem Sinne sind strukturelle Investitionen in die

Gebäude der Justizvollzugsanstalten, die Stärkung der Gesundheitsversorgung, insbesondere der psychologischen und psychiatrischen, und die Umsetzung von Vereinbarungen mit dem dritten Sektor unbedingt notwendig, um die Effizienz der dortigen Tätigkeit zu gewährleisten, und dies in einem äußerst ernsten Kontext, der durch die Zahl der Selbstmorde in den Gefängnissen - nicht weniger als 88 im Jahr 2024 - unterstrichen wird. In diesem Zusammenhang ist die Initiative "Spini Pizza" zu erwähnen, die von der Staatsanwaltschaft auf Sprengel Ebene unter maßgeblicher Mitwirkung lokaler Institutionen entwickelt und mit Nachdruck verfolgt wird und die darauf abzielt, die soziale und berufliche Wiedereingliederung von Personen, die ihre Strafe im Gefängnis verbüßen, zu fördern, und die in den ersten Monaten des nächsten Jahres konkret umgesetzt werden soll.

Ich schließe mit der Feststellung, dass das Engagement des Generalstaatsanwalts, meiner Kollegen und des Verwaltungspersonals durch das Ergebnis der jüngsten ministeriellen Inspektion, die im Dezember vorigen Jahres ohne Verordnungen oder Empfehlungen abgeschlossen wurde, bestätigt wurde. Ich spreche daher meinen Kollegen und Mitarbeitern mit Freude meine Anerkennung aus und bedanke mich für die Zusammenarbeit bei der Ausübung meiner Führungsaufgaben, die mir der Generalanwalt in diesem Jahr gewährt hat.

3. Die Tätigkeit der Staatsanwaltschaften im Sprengel. Wie aus den statistischen Daten hervorgeht, auf die in vollem Umfang Bezug genommen wird, gewährleisten die Staatsanwaltschaften im Sprengel eine hohe Effektivität bei der Definition der Verfahren; es besteht ein großes Gleichgewicht zwischen den neu anfallenden Verfahren und den Abwicklungen; zu verzeichnen ist auch, dass etwa 70 % der in den Registern eingetragenen Verfahren innerhalb von sechs Monaten abgewickelt wird, ein Zeitrahmen, der angemessen ist, um die Einhaltung des Grundsatzes der angemessenen Verfahrensdauer zu gewährleisten.

Durch die Unterzeichnung von Protokollen konnte eine weitgehende Koordinierung zwischen Straf- und Zivilverfahren gemäß den Bestimmungen des Artikels 64 *bis* StPO sowie die Zusammenarbeit zwischen den ordentlichen Staatsanwaltschaften und den Jugendstaatsanwaltschaften gewährleistet werden; sämtliche Ämter im Sprengel machten regelmäßig und zeitnah die von Artikel 127 DfB StPO vorgesehenen Mitteilungen; das gleiche gilt für die Mitteilungen zur Überwachung der geschlechtsspezifischen Gewalt im Hinblick auf die Einhaltung der Verfahrensfristen nach Artikel 362-*bis* StPO und Artikel 362 Abs. 1-*ter* StPO.

Gemäß den Orientierungs-Richtlinien für die Beziehungen zur Presse wird der Generalstaatsanwalt von den Staatsanwaltschaften und der Gerichtspolizei regelmäßig über die Pressemitteilungen und Pressekonferenzen informiert, wobei es in der Zeit, in der ich das Amt leite, nichts Wesentliches zu berichten gibt.

Es gab weder Ermittlungsengpässe, die die Übernahme von Verfahren hätten rechtfertigen können, noch kritische Fragen in Bezug auf die neuen Bestimmungen der Artikel

415 *bis* und *ter der* Strafprozessordnung und in Bezug auf die Beziehungen zur Europäischen Staatsanwaltschaft, mit der eine effektive Zusammenarbeit besteht; auch in Bezug auf Artikel 344 *bis der* Strafprozessordnung (Unzulässigkeit wegen Überschreitung der Höchstdauer des Berufungsverfahrens) wurden keine besonderen Probleme verzeichnet, da über strafrechtliche Berufungen innerhalb weniger Monate nach Einreichung entschieden wird.

Im Einzelnen sind folgende Punkte zu beachten:

- Bei den Straftaten im Zusammenhang mit geschlechtsspezifischer Gewalt ist eine Verschärfung des Phänomens zu verzeichnen, was zweifellos auch auf die Sensibilisierungsmaßnahmen zurückzuführen ist, die dazu beigetragen haben, den sicherlich immer noch beträchtlichen Anteil der nicht angezeigten Straftaten ans Licht zu bringen. Die Statistiken zeigen: für den Gerichtssprengel Trient einen Anstieg der Anzeigen wegen Misshandlung um 10 % (von 203 auf 224) und einen Anstieg der Anzeigen wegen sexueller Gewalt um 13 % (von 65 auf 74). Im Gerichtssprengel Bozen ist ein Anstieg der Anzeigen wegen Misshandlung (um 32 % von 397 auf 527), wegen sexueller Gewalt (um 9 % von 115 auf 124) und wegen *Stalking* (um 35 % von 200 auf 273) zu verzeichnen, wobei die Zahl der beantragten Sicherungsmaßnahmen um 80 % (von 327 auf 596) gestiegen ist; im Gerichtssprengel Rovereto ist die Zahl der Anzeigen wegen Misshandlung um 47 % gestiegen (von 61 auf 90), die Zahl der Anzeigen wegen sexueller Gewalt um 80 % (von 20 auf 36) und die Zahl der Anzeigen wegen Körperverletzung um 48 % (von 35 auf 52).
- Was die Straftaten im Zusammenhang mit Arbeitsunfällen und die entsprechenden Delikte betrifft, so sind die Daten im Sprengel Rovereto im Vergleich zum vorangegangenen Zeitraum im Wesentlichen konstant geblieben (1 tödlicher Unfall, mit einem leichten Anstieg der nicht tödlichen Verletzungen von 13 auf 17), während im Sprengel Trient die Zahl der Einträge um 38 % gestiegen ist (von 187 auf 305), wobei sich die Zahl der tödlichen Unfälle verdoppelt hat (von 2 auf 4) und die Zahl der nicht tödlichen Verletzungen um 33 % gestiegen ist (von 63 auf 84). Im Sprengel Bozen stieg die Zahl der tödlichen Unfälle von 3 auf 7, während die Zahl der nicht tödlich Verunglückten von 60 auf 33 zurückging. In den meisten Fällen ereigneten sich diese Unfälle in einem landwirtschaftlichen Umfeld im Zusammenhang mit dem Einsatz von Traktoren in bergigem Gelände; die Opfer waren fast immer die Eigentümer der betroffenen Betriebe. In Bezug auf den Landesgerichtssprengel Südtirol ist auch das Verfahren zu einem schweren Unfall im Juni 2024 (fünf Personen wurden zum Teil schwer verletzt, ein Arbeiter kam ums Leben) infolge einer Explosion in einer Aluminiumfabrik zu erwähnen; das Verfahren befindet sich im Stadium der Voruntersuchung und die fachkundlichen Ermittlungen mittels eines Beweissicherungsverfahrens sind im Gange.

Erwähnenswert ist die Tatsache, dass eine Reihe von Verfahren wegen illegaler Vermittlung und Ausbeutung von Arbeitskräften (Artikel 603 *bis des* Strafgesetzbuches) und Umweltverschmutzung anhängig sind, die von den Staatsanwaltschaften gemeldet wurden,

was von der Aufmerksamkeit und Sensibilität der Staatsanwaltschaften bei der Bekämpfung dieser schwerwiegenden Phänomene zeugt.

Abschließend möchte ich noch einmal auf die besondere Situation der Staatsanwaltschaft Bozen hinweisen, die zwar die schwerwiegenden Probleme des Mangels an Richtern und Staatsanwälten (im Laufe des Jahres 2024 musste ein Staatsanwalt aus Catania zugewiesen werden) weitgehend gelöst hat, die aber unter zwei schwerwiegenden Problemen leidet, die mit der Einhaltung des Grundsatzes der Zweisprachigkeit zusammenhängen: 1) dem schwerwiegenden Mangel an ehrenamtlichen Richtern und Staatsanwälten, da von 12 ehrenamtlichen stellvertretenden Staatsanwälten nur einer im Dienst ist (über 91 % der vorgesehenen Stellen sind unbesetzt); 2) der Notwendigkeit, in einem Kontext, in dem mehr als 50 % der Stellen für Verwaltungspersonal unbesetzt ist, die sprachliche Übersetzung der Akten zugunsten des Beschuldigten zu gewährleisten (gemäß dem Präsidialerlass vom 15. Juli 1988, Nr. 574, in der Fassung des gesetzvertretenden Dekrets Nr. 283 vom 29. Mai 2001 - *Norme di attuazione dello Statuto speciale della Regione Trentino Alto Adige in materia di processo penale e di processo civile* - Durchführungsbestimmungen zum Sonderstatut der Region Trentino Südtirol in Sachen Straf- und Zivilprozess, und damit die Erstellung aller Schriftstücke sowohl in italienischer als auch in deutscher Sprache und die Zweisprachigkeit auch in allen Schalterdiensten, kritische Fragen, die nur durch spezifische, dem nationalen Gesetzgeber vorzuschlagende regulatorische Eingriffe überwunden werden können, um eine besondere Regelung über die Unvereinbarkeit von ehrenamtlichen stellvertretenden Staatsanwälten und über die Aussetzung der Verjährung während der für die Übersetzung von Verfahrensunterlagen erforderlichen Zeit einzuführen.

3.1 Die Tätigkeit der Antimafia-/Antiterrorismus-Direktion auf Sprengelebene.

In Bezug auf die Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit der Antimafia-/Antiterrorismus-Direktion fallen, wurden im laufenden statistischen Jahr 16 Strafverfahren gegen Bekannt und 1 Strafverfahren gegen Unbekannt registriert, gegenüber 23 Strafverfahren gegen Bekannt in der vorherigen Erhebung.

Die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft hat eine Reihe von Strafverfahren von besonderem Ermittlungsinteresse im Zusammenhang mit assoziierten kriminellen Strukturen verzeichnet, die sich dem grenzüberschreitenden Drogenhandel, der Geldwäsche und der Begehung einer unbestimmten Reihe von schweren Straftaten gemäß Artikel 416 *bis*.1. des Strafgesetzbuches (Straftaten im Zusammenhang mit mafiaartigen Aktivitäten) und 61 *bis* des Strafgesetzbuches (erschwerender Umstand der grenzüberschreitenden Kriminalität) widmen, von denen einige bereits zu mehreren Anträgen auf Erlass von Sicherungsmaßnahmen geführt haben, die sich auf die Person bzw. auf Sachen beziehen; andere Verfahren befinden sich noch im Stadium der Voruntersuchung; sorgfältige und tiefgreifende Ermittlungen wurden aktiviert, unter anderem

auch mit grenzüberschreitenden Koordinierungsaktivitäten und Ermittlungen auf internationaler Ebene zum islamistischen Terrorismus.

Die Staatsanwaltschaft auf Sprengelebene hat große Anstrengungen unternommen, um den Fall Nr. 2931/2017 R.G.N.R. zu bearbeiten, in der mehrere Personen beschuldigt werden, einen lokalen mafiaartigen "ndranghetistischen" organisatorischen Ableger gegründet zu haben, eine auf familiären und verwandtschaftlichen Bindungen, Solidarität und gemeinsamer geografischer Herkunft beruhende Vereinigung mit entsprechender Entscheidungsautonomie, die in der Valle di Cembra ansässig und im Trentino tätig ist, stabil in wirtschaftlichen Aktivitäten strukturiert ist und auch die Leitung oder jedenfalls die direkte oder indirekte Kontrolle von wirtschaftlichen Aktivitäten, Konzessionen, Verträgen und Dienstleistungen durch die Begehung mehrerer Straftaten erworben hat. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass der Oberste Kassationsgerichtshof mit Urteil vom 6. März 2024 die Berufung eines der Angeklagten zurückgewiesen hat und damit die Verurteilung durch das hiesige Oberlandesgericht rechtskräftig geworden ist, das das Vorhandensein einer mafiösen Vereinigung im Trentino anerkannt hat.

Die entsprechende Anordnung zur Vollstreckung des endgültigen Urteils wurde von der Generalstaatsanwaltschaft umgehend erlassen.

Dies ist ein Beweis dafür, dass dieses Phänomen seitens der in der Region tätigen Institutionen aufmerksam beobachtet werden muss, um das Eindringen krimineller Organisationen durch die Kontrolle von Wirtschaftssektoren, vor allem des für diese Region lebenswichtigen Tourismus, zu verhindern.

3.2 Die Tätigkeit der Staatsanwaltschaften bei den Jugendgerichten. Auch die Jugendämter im Sprengel haben sich als in der Lage erwiesen, sowohl die laufenden Zivil- als auch die Strafsachen ordnungsgemäß zu bearbeiten, es ist kein besonderer Rückstand zu verzeichnen und die derzeitige Organisation ermöglicht ein effizientes Arbeiten beider Stellen.

Was die strafrechtlichen Angelegenheiten betrifft, so zeigt die Statistik im Sprengel Trient ähnliche Ergebnisse wie im Vorjahr, während im Sprengel Bozen ein deutlicher Anstieg der Fälle von vorsätzlicher Körperverletzung an Frauen (52 Fälle gegenüber 26 im Vorjahr, d.h. ein Anstieg um 100%) und sexueller Gewalt (20 Fälle gegenüber 10 im Vorjahr, d.h. ein Anstieg um 100%) zu verzeichnen ist.

Die Zahl der vorbeugenden Maßnahmen war mit weniger als 10 in beiden Ämtern gering.

Die Zahl der zivilrechtlichen Anzeigen, die Minderjährige betreffen, ist im Beobachtungszeitraum fast doppelt so hoch wie die Zahl der strafrechtlichen Einträge (1.369 gegenüber 787 in der Summe aller Strafregister) in Bozen, eine Zahl, die im Wesentlichen mit

der des letzten Jahres übereinstimmt; eine starke Häufigkeit stellen die Anzeigen von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen dar, die 20 % der Einträge ausmachen (272 von 1.369), ein beträchtlicher Anstieg im Vergleich zum vorangegangenen Zeitraum (170 Anzeigen in den Jahren 2022/2023), also ein Anstieg um 60 %.

Ein ähnlicher Trend ist in Trient zu verzeichnen, wo 737 Zivilanzeigen gegenüber 464 Strafanzeigen zu bekannten Personen gestellt wurden, wobei 115 Anzeigen unbegleitete ausländische Minderjährige betrafen.

Auch wenn sich die Merkmale der Jugendkriminalität noch auf die der so genannten Kleinkriminalität beschränken, ist festzustellen, dass der unkontrollierte Zugang zu illegalen oder apologetischen Inhalten im *Internet* und auf sozialen Plattformen heute eine Bedrohung für die Verbreitung von politischer, rassistischer und religiöser Intoleranz darstellt: Daher ist es notwendig, den Informationsaustausch zwischen allen Strafverfolgungsbehörden zu verstärken, das Vorhandensein illegaler Inhalte auf *Geräten* umgehend zu melden, um deren Verbreitung zu blockieren und gegen Unternehmen und *Internetdienstleister* vorzugehen, die das Vorhandensein solcher Inhalte auf ihren Plattformen dulden.

Auffallend ist auch die Aggressivität, die in einzelnen Episoden zum Ausdruck kommt, sowie die Selbstdarstellung der minderjährigen Täter bei einigen kriminellen Verhaltensweisen, die oft durch die Nutzung *sozialer Medien* angeheizt und verstärkt werden, Episoden, die sich im Allgemeinen gegen Gleichaltrige richten, die als Opfer solcher Formen der Aggression oft unter traumatischen Folgen und einem Gefühl der Unsicherheit in ihrem sozialen Leben leiden.

4. Die Perspektiven und Ziele des Amtes zur Unterstützung der Organisation der Staatsanwaltschaften auf Sprengel Ebene. Ich schließe mit der Angabe der Ziele und Aktionslinien, die die Tätigkeit der Generalstaatsanwaltschaft leiten werden, um die Organisation der Staatsanwaltschaften auf Sprengel Ebene zu unterstützen, deren Verwirklichung jedoch weitgehend von der Zusammenarbeit mit anderen institutionellen Akteuren, dem Justizministerium und der Autonomen Region Trentino-Südtirol, abhängt, die ich hiermit ersuche, in einem effizienten und fruchtbaren Teamwork zusammenzuarbeiten, und dem Präsidium des Oberlandesgerichts, dem ich meinen aufrichtigen Dank für die im abgelaufenen Jahr in fruchtbarer operativer Synergie geleistete Arbeit ausspreche, die zur Erreichung der Ergebnisse beigetragen hat, die ich im ersten Teil meines Berichts anerkannt habe.

1. Die äußerst kritische Situation der IT-Infrastruktur des Gerichtssprengels soll einer Lösung zugeführt werden, und dies sowohl in Bezug auf die Verkabelung als auch auf das Netzwerk, dessen derzeitige Kapazität deutlich veraltet und daher ernsthaft unzureichend ist, so dass die bevorstehenden IT-Implementierungen sogar ihre Funktionalität gefährden könnten; in diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass im Dezember eine Absichtserklärung zwischen

dem Justizministerium - Abteilung für technologische Innovation in der Justiz - und der Region Trentino-Südtirol zur Informatisierung der Justizbehörden in der Autonomen Region Trentino-Südtirol unterzeichnet worden ist. Das unterzeichnete Protokoll ermöglicht die Aktivierung der entsprechenden technischen Eingriffe durch die verantwortlichen Verwaltungsbehörden im Sprengel und durch die bezirksübergreifende Koordinationsstelle für die Dienste der technologischen Innovation.

2. Die Region wird dazu aufgerufen, die Effizienz der Organisations- und Unterstützungsfunktionen des Justizapparats zu verbessern und zwar durch Eingriffe, die von der territorialen Körperschaft für am geeignetsten erachtet werden; der dazu notwendige Ermessensspielraum für die Definition der *Governance-Aufgaben* muss somit der Region überlassen werden und zwar unter Hinweis auf die Undurchführbarkeit des Lösungsvorschlags nach Artikel 3 Regionalgesetz Trentino-Südtirol Nr. 5 vom 16. Dezember 2020, mit dem die regionale Justizbehörde (*Agenzia Regionale della Giustizia*) eingerichtet wurde, da der Oberste Rat für das Gerichtswesen in einer EntschlieÙung vom 8. Januar 2025 festgestellt hat, dass die Teilnahme der verantwortlichen Verwaltungsbehörden am Präsidialrat der *Agenzia* eine Tätigkeit darstellt, die nicht zur rechtsprechenden Funktion der OLG-Präsidenten gehört, da es sich um eine Aufgabe handelt, die in der regionalen und nicht in der staatlichen Gesetzgebung vorgesehen ist, wobei Artikel 108 der Verfassung vorsieht, dass die Rechtsvorschriften über die Gerichtsverfassung und über jede Magistratur durch Gesetz festgelegt werden.

3. Es ist dafür zu sorgen, dass jeder Richter mit einem speziellen Betätigungsknopf zur Abwehr von Angriffen ausgestattet wird, um die Sicherheit und das rechtzeitige Eingreifen der Polizei oder der Sicherheitsdienste im Bedarfsfall zu gewährleisten.

4. Die Fortbildung des Personals soll besser auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Ämter abgestimmt werden, indem die Kurse stärker auf die konkrete Nutzung der Anwendungssoftware und die praktische Verwaltung der Sekretariatsaufgaben ausgerichtet werden.

5. Es sollen Verfahren zum Abschluss von Vereinbarungen eingeleitet werden, um die Dienstleistungsstandards und Parameter für die Wahrnehmung der übertragenen Aufgaben festzulegen, insbesondere im Hinblick auf die personelle Ausstattung des Verwaltungspersonals der Justizämter des Sprengels, wie dies in dem am 24. Juli 2023 in Brixen unterzeichneten Protokoll zwischen dem Justizministerium und der Autonomen Region ausdrücklich vorgesehen ist.

6. Es soll eine möglichst umfassende Zusammenarbeit stattfinden bei der Durchführung der Projekte zur Errichtung des neuen Justizpols in Bozen und der Arbeiten zur Renovierung des Justizpols in Trient, wobei den *Sicherheitsprofilen* besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird, auch im Hinblick auf die bevorstehende Vergabe der Neuausschreibung des Sicherheitsdienstes in den Gebäuden, in denen die Justizbehörden im Trentino-Südtirol untergebracht sind;

7. Es sollen die entsprechenden Kontakte mit der Universität zwecks Unterzeichnung von Kooperationsprotokollen aktiviert werden, die darauf abzielen, eine fruchtbare und für beide Seiten nützliche Praktikumstätigkeit bei den Justizbehörden zu ermöglichen, gemäß den Bestimmungen von Artikel 73, Gesetzesdekret Nr. 69/2013, und Artikel 37, Gesetzesdekret Nr. 98/2011, in einem fruchtbaren Austausch und einer fruchtbaren Osmose zwischen Studium und Praxis.

Ziele, die zwar ehrgeizig, aber konkret sind und deren Verwirklichung, wie ich bereits sagte, eine weitestgehende Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen unter voller Wahrung der Zuständigkeitsgrenzen erfordert, eine Zusammenarbeit, zu der ich mich verpflichtet habe und die ich mir aufrichtig wünsche.

Und mit diesem Wunsch, Herr Präsident, bitte ich Sie, im Namen des italienischen Volkes das Gerichtsjahr 2025 im Sprengel des Oberlandesgerichts Trient für eröffnet zu erklären.

Corrado MISTRI

Statistische Daten Staatsanwaltschaft beim Landesgericht Bozen

Analytische Tabelle der Daten aus den einzelnen Strafregistern - Vergleich

REGISTER	VOM 01/07/2023 BIS 30/11/2023				VOM 01/07/2024 BIS 30/11/2024				Prozentuale Veränderung (+/-)			
	Mod. 21	Mod. 21bis	Mod. 44	Mod. 45	Mod. 21	Mod. 21bis	Mod. 44	Mod. 45	Mod. 21	Mod. 21bis	Mod. 44	Mod. 45
Anfängliche Anzahl der anhängigen Verfahren	5243	449	879	366	4771	589	1417	504	-9,0	+31,2	+61,2	+37,7
Neu hinzugekommene Verfahren	3746	463	4750	1235	3791	457	3234	1516	+1,2	-1,3	-31,9	+22,8
Abgeschlossene Verfahren	3928	442	4807	1232	4179	411	3078	1600	+6,4	-7,0	-36,0	+29,9
Endgültige Anzahl der anhängigen Verfahren	5061	470	822	369	4383	635	1573	420	-13,4	+35,1	+91,4	+13,8

Zusammenfassende Tabelle der Daten aus allen Strafregistern - Vergleich

SUMME ALLER REGISTER	VOM 01/07/2023 BIS 30/11/2023	VOM 01/07/2024 BIS 30/11/2024	Prozentuale Veränderung (+/-)
Anfängliche Anzahl der anhängigen Verfahren	6937	7281	+5,00%
Neu hinzugekommene Verfahren	10194	8998	-11,70%
Abgeschlossene Verfahren	10409	9268	-11,00%
Endgültige Anzahl der anhängigen Verfahren	6722	7011	+4,30%

STRAFTATBESTÄNDE: Die Daten beziehen sich auf den Zeitraum 01.07.2023 - 30.06.2024

Straftaten im Zusammenhang mit geschlechtsspezifischer Gewalt:

Bezugszeitraum	Insgesamt
01.07.2022 -30.06.2023	327
01.07.2023- 30.06.2024	596
Beantragte vorbeugende Maßnahmen	596

Fortsetzung: Straftaten im Zusammenhang mit geschlechtsspezifischer Gewalt

Abwicklungen im Zeitraum 01.07.2023 - 30.06.2024	170 Anträge auf Einleitung des Hauptverfahrens	54 Anträge auf sofortiges Hauptverfahren	28 Urteile im Schnellverfahren	12 Anträge auf Strafzumessung auf Antrag
	2 Dekrete auf Ladung zum Hauptverfahren	2 Anträge auf Erlass eines Strafbefehls	1 Urteil gemäß Artikel 129 StPO	391 Anträge auf Archivierung
	73 Sitzungen	8 Übertragungen nach Zuständigkeit	1 Wechsel zu einem anderen Register	

Straftaten im Zusammenhang mit Arbeitsunfällen

Tatbestand	Neu hinzugekommene Verfahren
Fahrlässige Tötungen	7
Fahrlässige Körperverletzungen	33

Straftaten im Zusammenhang mit unrechtmäßiger Vermittlung und Ausbeutung von Arbeitskräften gemäß Artikel 603-bis des Strafgesetzbuchs:

Tatbestand	Neu hinzugekommene Verfahren
Illegale Vermittlung und Ausbeutung von Arbeitskräften	3

Straftaten im Zusammenhang mit dem Phänomen der illegalen Einwanderung:

Tatbestand	Neu hinzugekommene Verfahren
Beihilfe zur illegalen Einreise in den Staat und zur Schleusung von Migranten	13
Beihilfe zum Aufenthalt im Hoheitsgebiet des Staates	2

Umweltkriminalität und entsprechende Straftaten:

Tatbestand	Neu hinzugekommene Verfahren
Umweltdelikte und entsprechende Straftaten	25 (davon 3 gem. Art. 25 undecies g.v.D. 231/2001)

Verfahren bei Tötungsdelikten im Straßenverkehr:

Tatbestand	Neu hinzugekommene Verfahren
Tötung im Straßenverkehr	11

Statistische Daten Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht Bozen

Analytische Tabelle der Daten aus den einzelnen Strafregistern - Vergleich

REGISTER	Jahr 2022/2023			Jahr 2023/2024			Prozentuale Veränderung (+/-)		
	Mod. 52	Mod. 44	Mod. 45	Mod. 52	Mod. 44	Mod. 45	Mod. 52	Mod. 44	Mod. 45
Anfängliche Anzahl der anhängigen Verfahren	100	7	25	77	14	5	-23,00%	+100,00%	-80,00%
Neu hinzugekommene Verfahren	461	76	241	429	55	303	-6,94%	-27,63%	+25,73%
Abgeschlossene Verfahren	484	69	261	415	67	295	-14,26%	-2,90%	+13,03%
Endgültige Anzahl der anhängigen Verfahren	77	14	5	91	2	13	+18,18%	-85,71%	+160,00%

Zusammenfassende Tabelle der Daten aus allen Strafregistern - Vergleich

SUMME ALLER REGISTER	Jahr 2022/2023	Jahr 2023/2024	Prozentuale Veränderung (+/-)
Anfängliche Anzahl der anhängigen Verfahren	132	96	-27,27%
Neu hinzugekommene Verfahren	778	787	+1,16%
Abgeschlossene Verfahren	814	777	-4,55%
Endgültige Anzahl der anhängigen Verfahren	96	106	+10,42%

Analytische Tabelle der Zivilregisterdaten - Vergleich

REGISTER	Jahr 2022/2023	Jahr 2023/2024	Prozentuale Veränderung (+/-)
	SIGMA	SICID	SIGMA/SICID
Anfängliche Anzahl der anhängigen Verfahren	654	677	+3,52%
Neu hinzugekommene Verfahren	1464	1369	-6,49%
Abgeschlossene Verfahren	1441	1296	-10,06%
Endgültige Anzahl der anhängigen Verfahren	677	565	-16,54%

REGISTER FÜR DIE NACHRICHTEN ÜBER STRAFBARE HANDLUNGEN (Verfahren gegen bekannte Täter):

	Zeitraum 01.07.2022 30.06.2023	Zeitraum 01.07.2023 30.06.2024	
Bezeichnung der Straftat	Zahl der Beschuldigten	Zahl der Beschuldigten	Veränderung in %
Tötung/Mord an einer Person beiderlei Geschlechts	0	0	-
Versuchter Mord/Tötung an einer Person beiderlei Geschlechts	1	0	-100%
Tötung/Mord an einer weiblichen Person	0	0	-
Vorsätzliche Körperverletzung einer weiblichen Person	26	52	+100%
Tötung im Straßenverkehr	0	0	-
Fahrlässige Tötung bei Arbeitsunfällen	0	0	-
Unterlassene Hilfeleistung nach einem Verkehrsunfall	0	0	-
Art. 186 Abs. 2 Buchstaben b und c StVO	2	2	0%
Art. 186 Abs. 2 bis StVO	1	1	0%

Art. 187 Abs. 1 StVO	0	0	-
Art. 187 Abs. 1 StVO	1	0	-100%
Raub	36	34	-6%
Erpressung	7	10	+43%
Diebstahl unter Eindringen in eine Wohnung	16	3	-81%
Art. 640 bis des Strafgesetzbuchs	0	0	-
Art. 640 ter des Strafgesetzbuchs	0	0	-
Art. 600 ter des Strafgesetzbuchs	8	13	+63%
Art. 600 Octies des Strafgesetzbuchs	0	0	-
Art. 648 bis des Strafgesetzbuchs	0	0	-
Art. 648 ter des Strafgesetzbuchs	0	0	-
Art. 648 quater des Strafgesetzbuchs	0	0	-
Art. 572 des Strafgesetzbuchs	3	1	-67%
Art. 612 bis des Strafgesetzbuchs	8	5	-38%
Art. 609 bis des Strafgesetzbuchs	10	20	+100%
Bestechung	0	0	-
Amtsunterschlagung	0	0	-
Erpressung im Amt	0	0	-
Unerlaubtes Tragen von Schusswaffen	0	0	-
Illegaler Besitz von Schusswaffen	0	0	-
Artikel 73 Präsidialdekret 1990, Nr. 309	53	39	-26%

REGISTER FÜR DIE NACHRICHTEN ÜBER STRAFBARE HANDLUNGEN (Verfahren gegen bekannte Täter) - WEITERE ERWÄHNENSWERTE VERFAHREN:

	Zeitraum 01.07.2022 30.06.2023	Zeitraum 01.07.2023 30.06.2024	
Bezeichnung der Straftat	Zahl der Beschuldigten	Zahl der Beschuldigten	Veränderung in %
Art. 600-quater StGB	1	2	+100%

VERJÄHRUNGSFRISTEN UND RECHTSMITTEL:

	Zeitraum 01.07.2022 30.06.2023	Zeitraum 01.07.2023 30.06.2024	
Typ	Zahl der Be- schuldigten	Zahl der Be- schuldigten	%uale Veränderung
Archivierungen aufgrund von Verjährung	0	1	+100%
Kassationsbeschwerde	0	0	-
Berufungen	0	0	-
Persönliche vorbeugende Maßnahmen, die nicht auf eine Festnahme folgen	4	6	+200%
Beschlagnahmen zur Einziehung	0	0	-
Wert (auch indikativ) der beschlagnahm- ten Vermögenswerte	0	0	-
Volle Entmündigungen und Sachwalter- schaften	0	0	-
Andere Zivilverfahren	370	299	-19%

Dati statistici Procura della Repubblica presso il Tribunale di Trento

Movimento tutti registri	Annualità		Variazione (+/-)	
	2022-2023	2023-2024		
Registro 21				
Pendenti all'inizio del periodo	2402	2592	+190	
Sopravvenuti nel periodo	5607	5375		-232
Esauriti nel periodo	5417	4984		-433
Pendenti alla fine del periodo	2592	2983	+391	
Registro 21 bis				
Pendenti all'inizio del periodo	300	259		-41
Sopravvenuti nel periodo	512	603	+91	
Esauriti nel periodo	551	596	+45	
Pendenti alla fine del periodo	261	266	+5	
Registro 44				
Pendenti all'inizio del periodo	373	594	+221	
Sopravvenuti nel periodo	7208	7055		-153
Esauriti nel periodo	6708	6536		-172
Pendenti alla fine del periodo	873	1113	+240	
Registro 45				
Pendenti all'inizio del periodo	226	338	+112	
Sopravvenuti nel periodo	1208	1330	+122	
Esauriti nel periodo	1101	1265	+164	
Pendenti alla fine del periodo	333	403	+70	
TUTTI I REGISTRI				
pendenti all'inizio del periodo tutti i registri	3301	3783	+482	
sopravvenuti tutti i registri	14535	14127		-408
esauriti tutti i registri	13777	13381		-396
pendenti alla fine periodo tutti i registri	4059	4765		-706

I tempi di definizione:

	TEMPI DEFINIZIONE NOTI mod. 21			
	2022-2023		2023-2024	
		%		%
Entro 6 mesi	3978	76	3714	74.5
Da 6 mesi ad un anno	408	8	446	9
Da 1 a 2 anni	582	11	550	11
Oltre 2 anni	271	5	274	5.5
Totale	5239	100	4984	100
Durata media gg.	162		172	

	TEMPI DEFINIZIONE GDP mod. 21/bis			
	2022-2023		2023-2024	
		%		%
Entro 4 mesi	135	24	217	37
Da 4 mesi a 1 anno	347	63	345	57
Oltre 1 anno	69	13	34	6
Totale	551	100	596	100
Durata media gg.	227		166	

Procedimenti definiti nr. 4984

- entro i 6 mesi dall'iscrizione:
3714 il 74,5% (di cui: 1918 con richiesta di archiviazione, 1360 con inizio dell'azione penale. 436 con altre richieste definitive);
- da 6 mesi ad 1 anno dall'iscrizione:
446 l'9% (di cui: 205 con richiesta di archiviazione, 214 con inizio dell'azione penale, 27 con altre richieste definitive);
- da 1 a 2 anni dall'iscrizione:
550 il 11% (di cui: 83 con richiesta di archiviazione, 457 con inizio dell'azione penale, 10 con altre richieste definitive);
- oltre i 2 anni dall'iscrizione:
274 il 5,5% (di cui: 6 con richiesta di archiviazione, 265 con inizio dell'azione penale, 3 con altre richieste definitive).

Esecuzione delle pene:

ISCRIZIONI	2021-2023	2023-2024	Variazione (+/-)
Pene detentive	396	353	-43
Pene detentive sospese	357	294	-63
Pene pecuniarie	107	172	+65
Misure di sicurezza	52	40	-12
Sanzioni sostitutive	57	35	-22
Totale iscrizioni	969	894	-75
PROVVEDIMENTI	2021-2023	2023-2024	Variazione (+/-)
Provvedimenti di unificazione pene concorrenti	192	203	+11
Altri provvedimenti pena detentiva	5926	6147	+221
Provvedimenti di fungibilità	14	9	-5
Provvedimenti pena pecuniaria	31	409	+378
Provvedimenti per misure di sicurezza	46	32	-14
Provvedimenti per sanzioni sostitutive	63	23	-40
Richieste incidente di esecuzione	194	186	-11
Totale provvedimenti	6466	7009	+221

Ordine Europeo di indagine penale (rogatorie):

ISCRIZIONI REGISTRO MOD. 39	DAL 1/7/2022 AL 30/06/2023	DAL 1/7/2023 AL 30/6/2024
Rogatorie attive	13	7
Rogatorie passive	200	334

Violenza di genere:

MATERIA FASCE DEBOLI	DAL 01/07/2022 AL 30/06/2023	DAL 01/07/2023 AL 30/06/2024	DECREMENTO < AUMENTO>
Pervenuti	496	559	+63
Esauriti	522	572	+50
Pendenti alla fine del periodo	210	197	-13
Richiesta di misure cau- telari personali	308	242	-66
Richieste di archiviazio- ne	213	219	+7
Esercizio dell'azione pe- nale	273	297	+24

In particolare, si evidenzia:

REATI	DAL 01/07/2022 AL 30/06/2023	DAL 01/07/2023 AL 30/06/2024	DECREMENTO < AUMENTO>
Art. 575 c.p.	1	1	0
Art. 56-575 cp	2	2	0
Art. 612 bis cp	151	155	+4
Art. 572 cp	203	224	+21
Art. 609 bis	65	74	+9
Art. 609 quater	2	5	+3
Art. 609 octies	0	1	+1

Infortuni sul lavoro

REATI	DAL 01/07/2022 AL 30/06/2023	DAL 01/07/2023 AL 30/06/2024	DECREMENTO < AUMENTO>
Contravvenzioni lavoro	187	305	+118
Coll. lavoratori (art. 603 bis cp Art. 22 d.lg. 286/98 Art. 18/ d.lg. 276/03)	24	31	+7
Di cui: Art. 603 bis	2	2	0
Art. 589 c.p.	2	4	+2
Art. 590 cp	63	84	+46

Pubblica amministrazione Edilizia, Truffe Aggravate, Urbanistica, Ambiente, Tutela della Salute e Alimenti:

MATERIA PAEDI	DAL 01/07/2022 AL 30/06/2023	DAL 01/07/2023 AL 30/06/2024	DECREMENTO < AUMENTO>
Sopravvenuti nel periodo	281	216	+16
Esauriti nel periodo	259	222	+29
Pendenti alla fine del periodo	92	85	-1
ALIMENTI artt. 439-455 cp art. 516 cp e art. 5 e 6 L. 283/62	4	6	+2
TRUAG (truffe aggravate) Artt. 316 bis-316 er, 640 co 2 n. 1 640 bis cp	42	24	-24

MATERIA AMBIE (TUTELA AMBIENTE)	DAL 01/07/2022 AL 30/06/2023	DAL 01/07/2023 AL 30/06/2024	DECREMENTO < AUMENTO>
Sopravvenuti nel periodo	85	101	+16
Esauriti nel periodo	73	102	+29
Pendenti alla fine del periodo	24	23	-1

Violazioni in materia informatica:

REGISTRO MOD. 21 – NOTI-

REATI	DAL 01/07/2022 AL 30/06/2023	DAL 01/07/2023 AL 30/06/2024	DECREMENTO < AUMENTO>
Art. 615 ter	57	41	-16
Art. 640 ter	59	37	-22
Totale reati informatici	116	78	-38
PEDINF (pedo informatica)	85	58	-27

REGISTRO MOD. 21 – IGNOTI-

REATI	DAL 01/07/2022 AL 30/06/2023	DAL 01/07/2023 AL 30/06/2024	DECREMENTO < AUMENTO>
Art. 615 ter	217	147	-70
Art. 640 ter	432	587	+155
Totale reati informatici	649	734	+85
PEDINF (pedo informa- tica)	28	22	-6
Art. 600 ter cp	27	27	0

Stupefacenti:

Per le iscrizioni in materia di stupefacenti, in ordine al reato + previsto dall'art. 73 DPR 309/90, il dato, seppur in lieve aumento, conferma quello della precedente rilevazione: si registrano 216 procedimenti iscritti (contro i 200 della precedente rilevazione).

Il numero di iscrizioni conferma l'attualità di un grave fenomeno. Nel corso del periodo sono stati tratti in arresto 35 soggetti e sono state richieste 20 convalide con contestuale applicazione della misura cautelare e giudizio direttissimo, rispetto al periodo precedente preso in considerazione che contava 17 richieste di direttissimo e 36 convalide.

Per quanto riguarda il reato disciplinato dall'art. 74 DPR 309/90 (di competenza della direzione distrettuale antimafia), nel corso dell'anno sono stati iscritti 12 fascicoli e 294 indagati. La presenza ed attenzione del personale di P.G. operante sul territorio nei confronti degli autori dei reati di produzione, traffico e detenzione illecita di sostanze stupefacenti o psicotrope è in ogni modo costante.

Codice della Strada:

REATI	DAL 01/07/2022 AL 30/06/2023	DAL 01/07/2023 AL 30/06/2024	DECREMENTO < AUMENTO>
Art. 186	533	441	-92
Art. 187	19	4	-15
Art. 189	20	24	+4
Art. 590 bis	64	53	-11
Art. 589 bis	10	16	+6

Reati contro il patrimonio:

Sugli stessi livelli le iscrizioni cui all'art. 624 bis del c.p.; le iscrizioni con autore noto nr. 45 contro le 44 della rilevazione 2022-2023 e quelle a carico di ignoti nr. 630 iscrizioni contro le 505 iscrizioni nella precedente rilevazione.

Stabile il dato delle rapine, art. 628 c.p., denota un incremento nelle iscrizioni nel registro noti, passando da 42 a 52 procedimenti, mentre si riscontra un lieve decremento nelle iscrizioni nel registro ignoti passando da 34 a 32 iscrizioni nel periodo intercorso tra l'01/07/2023 e il 30/06/2024.

Con riferimento al fenomeno estorsivo (art. 629 c.p.), si registra un leggero incremento delle iscrizioni nel registro noti (da 49 iscrizioni rispetto alle 47 iscrizioni della scorsa rilevazione), mentre un lieve abbassamento nel registro ignoti, che registra 42 iscrizioni nella precedente rilevazione e 39 iscrizioni in quella attuale.

Direzione Distrettuale Antimafia e Antiterrorismo:

REGISTRO	DAL 01/07/2022 AL 30/06/2023	DAL 01/07/2023 AL 30/06/2024
NOTI	23	16
IGNOTI	8	1
MOD. 45	5	19

REGISTRO	DAL 01/07/2022 AL 30/06/2023	DAL 01/07/2023 AL 30/06/2024
Richiesta di misure cautelari	128	78
Richieste di rinvio a giudizio	Procedimenti 13 con 166 imputati	Procedimenti 7 con 126 imputati

Misure di Prevenzione:

ISCRIZIONI	DAL 01/07/2022 AL 30/06/2023	DAL 01/07/2023 AL 30/06/2024
Patrimoniali	2 di cui 1 ordinarie e 1 anti- mafia	7 di cui 2 ordinarie e 5 an- timafia
Personalì	6	7
MISURE PROPOSTE	DAL 01/07/2022 AL 30/06/2023	DAL 01/07/2023 AL 30/06/2024
Patrimoniali	7	2
Personalì	25	7

MAE:

Nel periodo di interesse sono stati richiesti 26 mandati di arresto europei (MAE).

Dati statistici Procura della Repubblica presso il Tribunale di Rovereto

Alla data del 1.7.2023, a fronte, quanto ai procedimenti mod. 21, della pendenza di n. 1.437 procedimenti,

- sono sopravvenuti **n. 1894 procedimenti**
- sono stati definiti n. 1.778 procedimenti
- con una pendenza, al 30.6.2024, fine del periodo di interesse, di n. 1553 procedimenti

Con riferimento al periodo precedente, da segnalare che all'1.7.2022, a fronte della pendenza di n.1.415 procedimenti

- sono sopravvenuti n. 1.668 procedimenti
- sono stati definiti n. 1.646 procedimenti
- con una_pendenza al 30.6.2023, di n. 1.437 procedimenti.

In sintesi:

- vi è stato **un aumento delle sopravvenienze nel numero di n. 226 procedimenti** in più rispetto al periodo precedente a quello di interesse;
- vi è stata un'**attività di definizione che in termini assoluti è stata maggiore di n. 132** procedimenti (n. 1.778, anziché n.1646 procedimenti)
- un apparente aumento della pendenza di procedimenti di n. 116 procedimenti rispetto al periodo precedente a quello di interesse.

Infatti, tale ultimo dato, in realtà, ricomprende i procedimenti che sono in attesa di fissazione dell'udienza dibattimentale e per i quali, dunque, sono ultimate le attività di indagine : un controllo dei procedimenti effettivamente pendenti in fase di indagine ha, infatti, evidenziato **al 30.6.2024** che a fronte di n. 1559 procedimenti che risultano pendenti, vi sono n. 477 procedimenti in attesa di fissazione di data di udienza: con la conseguenza che **i procedimenti ancora in fase di indagine, pendenti, sono 1.082.**

Nel periodo precedente, a fronte di una pendenza finale di n. 1.437 procedimenti, risultano n. 413 procedimenti in attesa di fissazione di data di udienza: con la conseguenza che i procedimenti ancora in fase di indagine, pendenti, erano n. 1.026.

Quindi, l'Ufficio ha, nel periodo di interesse, richiesto la data di udienza per un numero maggiore di procedimenti – n. 64 in più - rispetto a quello precedente, pur a fronte di una sopravvenienza decisamente maggiore (n. 226 in più).

Quanto ai procedimenti mod. 44, va evidenziato che, all'1.7.2023, a fronte della pendenza di n. 49 procedimenti,

- sono sopravvenuti n. **1.763 procedimenti**
- sono stati definiti n. 1.646 procedimenti
- con una pendenza, al 30.6.2024, fine del periodo di interesse, di n. 166 procedimenti

Con riferimento al periodo precedente, da segnalare che

all'1.7.2022, a fronte della pendenza di n.42 procedimenti

- sono sopravvenuti n. 1.796 procedimenti
- sono stati definiti n. 1.789 procedimenti

con una_pendenza al 30.6.2023, di n. 49 procedimenti.

In sintesi:

- vi è stata una **riduzione delle sopravvenienze nel numero di 33 procedimenti** rispetto al periodo precedente a quello di interesse;
- un'attività di **definizione che in termini assoluti è stata inferiore di n. 143** procedimenti rispetto al periodo precedente (n. 1.646, anziché n.1.789 procedimenti)
- vi è stato un aumento **della pendenza di procedimenti - n. 117 in più** - rispetto al periodo precedente a quello di interesse.

Quanto ai procedimenti mod. 45, va evidenziato che, all'1.7.2023, a fronte della pendenza di n. 137 procedimenti,

- sono sopravvenuti n. **761** procedimenti
- sono stati definiti n. 663 procedimenti
- con una pendenza, al 30.6.2024, fine del periodo di interesse, di n. 235 procedimenti

Con riferimento al periodo precedente, da segnalare che all'1.7.2022, a fronte della pendenza di n. 264 procedimenti

- sono sopravvenuti n. 666 procedimenti
- sono stati definiti n. 793 procedimenti
- con una_pendenza al 30.6.2023, di n. 137 procedimenti.

In sintesi:

- vi è stato un **aumento della sopravvenienza di n.95 procedimenti**
- un'attività di **definizione che in termini assoluti è stata inferiore di n. 130** procedimenti (n. 663, anziché' n.793 procedimenti)
- un aumento della pendenza di procedimenti di n. 98 rispetto al periodo precedente a quello di interesse

Quanto ai procedimenti mod. 21 bis, va evidenziato che, all'1.7.2023, a fronte della pendenza di n. 76 procedimenti,

- sono sopravvenuti n. **232** procedimenti
- sono stati definiti n. 203 procedimenti
- con una pendenza, al 30.6.2024, fine del periodo di interesse, di n. 105 procedimenti

Con riferimento al periodo precedente, da segnalare che all'1.7.2022, a fronte della pendenza di n. 133 procedimenti

- sono sopravvenuti n. 270 procedimenti
- sono stati definiti n. 327 procedimenti
- con una pendenza al 30.6.2023, di n. 76 procedimenti.

In sintesi:

- vi è stata una **diminuzione delle sopravvenienze** di n. 38 procedimenti
- un'attività di **definizione che in termini assoluti è stata inferiore di n. 124** procedimenti (n. 203, anziché' n.327 procedimenti)
- **un aumento della pendenza di procedimenti di n. 29 procedimenti** rispetto al periodo precedente a quello di interesse.

Tale ultimo dato in realtà ricomprende i procedimenti che sono in attesa di fissazione dell'udienza dibattimentale e per i quali, dunque, sono ultimate le attività di indagine : un controllo dei procedimenti effettivamente pendenti in fase di indagine ha, infatti, evidenziato **al 30.6.2024** che a fronte di n. 105 procedimenti che risultano pendenti, vi sono n. 62 procedimenti in attesa di fissazione di data di udienza: con la conseguenza che **i procedimenti ancora in fase di indagine, pendenti, sono n. 43.**

Nel periodo precedente, a fronte di una pendenza finale di n. 76 procedimenti, risultano n. 35 procedimenti in attesa di fissazione di data di udienza: con la conseguenza che i procedimenti ancora in fase di indagine, pendenti, sono 41.

Quindi l'Ufficio ha, nel periodo di interesse, **richiesto la data di udienza per un numero maggiore di procedimenti** - n. 27 in più - rispetto a quello precedente.

La definizione dei procedimenti **entro 6 mesi** dalla iscrizione della notizia di reato è così sintetizzata:

- richieste di archiviazione - n. 654
- inizio azione penale - n. 329
- altre richieste definitive - n. 182

Totale - n. 1165

Le definizioni da 6 mesi a un anno:

- richieste di archiviazione - n.60
 - inizio azione penale - n. 38
 - altre richieste definitive - n- 38
- Totale - n.104

Le definizioni da 1 a due anni:

- richieste di archiviazione - n.15
 - inizio azione penale - n. 200
 - altre richieste definitive - n.0
- totale - n. 215

le definizioni oltre i due anni

- richieste di archiviazione - n.18
 - inizio azione penale - n.275
 - altre richieste definitive - n.1
- totale - n. 294

La durata media complessiva dei procedimenti è:

- quanto alle richieste di archiviazione di n. 93 giorni
- quanto all'inizio dell'azione penale è di n. 564 giorni
- quanto ad altre richieste definitive di n. 26 giorni

Nel periodo precedente 1.7.2022/30.6.2023

Le definizioni entro 6 mesi dalla iscrizione della notizia di reato sono state le seguenti:

- richieste di archiviazione - n. 604
 - inizio azione penale - n. 351
 - altre richieste definitive - n. 160
- Totale - n. 1115**

Le definizioni da 6 mesi a un anno:

- richieste di archiviazione - n.40
 - inizio azione penale - n.34
 - altre richieste definitive - n.2
- Totale - n. 76

Le definizioni da 1 a 2 anni:

- richieste di archiviazione – n. 25
 - inizio azione penale – n.20
 - altre richieste definitorie – n.0
- Totale – n.45

Le definizioni oltre i due anni:

- richieste di archiviazione – n.9
 - inizio azione penale - 401
 - altre richieste definitorie – n.0
- Totale – 410

La durata media complessiva dei procedimenti è stata:

- quanto alle richieste di archiviazione di n. 81 giorni
- quanto all’inizio dell’azione penale è di n. 611 giorni
- quanto ad altre richieste definitorie di n. 22 giorni.

Il raffronto consente di concludere che la definizione entro sei mesi - n. 1.165 - è superiore a quella del periodo precedente a quello di interesse – n.1115 - con un aumento di n. 50 procedimenti.

Relativamente ai tempi di definizione, l’esame delle statistiche evidenzia che l’Ufficio ha mantenuto elevata capacità di definizione dei procedimenti mod. 21 in tempi, come si è visto, per la gran parte contenuti nei sei mesi e la durata media complessiva si è assestata a n. 309 giorni per il periodo in esame a fronte dei n. 334 gg del periodo precedente.

Quanto ai dati sulle principali fattispecie di reato, con riferimento al periodo 1.7.2023 – 30.6.2024 va precisato:

per il reato di cui all’art. 612 bis c.p., a mod. 21

- pendenti n. 4 procedimenti
- sopravvenuti n. 30 procedimenti
- definiti n. 25
- pendenti alla fine del periodo 30.6.2024, n. 9 procedimenti

per il reato di cui all’art. 572 c.p., a mod. 21

- pendenti n.22
- sopravvenuti n. 90
- definiti n.80
- pendenti alla fine del periodo 30.6.2024, n.32

Sono stati richiesti:

- n. 12 incidenti probatori (2 dei quali anche per il reato di cui all’art. 609 bis c.p.), n. 6 applicazioni o modifiche della custodia cautelare in carcere,
- n. 0 applicazioni o modifiche della custodia cautelare domiciliare o in luogo di cura;
- n.12 richieste di misure diverse (di cui n.9 richieste di divieti di avvicinamento,
- n. 1 richiesta di divieto di dimora,
- n. 2 richieste di allontanamento dalla casa familiare.

(nel periodo precedente sono stati chiesti n. 11 incidenti probatori; n. 6 custodia cautelare in carcere; n. 2 detenzione in luogo di cura; non note le richieste di misura diverse)

per il reato di violenza sessuale, a mod. 21

- pendenti n. 7
- sopravvenuti n.36
- definiti n. 29
- pendenti alla fine del periodo 30.6.2023, n. 14

Sono stati richiesti:

- n. 12 incidenti probatori (2 dei quali anche per il reato di cui all'art. 572),
- n. 1 richiesta di applicazioni o modifiche della custodia cautelare in carcere, e nessuna applicazione o modifiche della custodia cautelare domiciliare o in luogo di cura;
- n.1 richiesta di misura diversa (divieto di avvicinamento).

per il reato di cui agli artt. 582 e 577 c.p., a mod. 21

- pendenti n. 22 procedimenti
- sopravvenuti n. 52 procedimenti
- definiti n. 45
- pendenti alla fine del periodo 30.6.2024, n. 29 procedimenti

Sono stati richiesti:

- n. 2 incidenti probatori (di cui 1 anche per il reato di cui all'art. 572 c.p.);
- n. 2 applicazioni o modifiche di custodia cautelare in carcere (di cui 1 anche per l'art. 572 c.p.);
- n. 1 richiesta di applicazione o modifica della custodia cautelare domiciliare o in luogo di cura;
- 4 richieste di misure diverse (n.3 richieste di divieto di avvicinamento e n.1 richiesta di divieto di dimora, tutte anche per l'art. 572 c.p.).

Reati concernenti gli infortuni sul lavoro e corrispondenti illeciti "231"

Quanto ai procedimenti iscritti a Mod. 21 nel periodo 01.07.2023/30.06.2024

- **per il reato di cui all'art. 590, comma 3, c.p.,** sono stati **n.17**, dei quali alla data del 30.06.2024 risultano:
 - n. 5 definiti con richiesta di archiviazione;
 - n. 2 per i quali si è in attesa della fissazione dell'udienza dibattimentale;
 - n. 10 in fase di indagini preliminari.
- per il reato di cui all'art. 589, comma 2, c.p. nel medesimo periodo è stato iscritto a Mod. 21 **n. 1** procedimento per infortunio mortale causato da investimento con muletto nel piazzale aziendale.

Per quanto riguarda le contravvenzioni in materia di salute e sicurezza sul lavoro di cui al D.Lgs. 81/2008 nel periodo di interesse - 01.07.2023- 30.06.24 - sono sopravvenuti 1 n. **85** fascicoli, quasi tutti definiti con procedura amministrativa ex Dlgs n. 758/1994, ovvero con oblazione;

Reati concernenti l'intermediazione illecita e lo sfruttamento del lavoro ex art. 603 bis c.p.

A fini statistici, nel periodo di interesse 1.7.2023/30.6.2024, risultano i seguenti procedimenti:

- pendente all'inizio del periodo - n. 1
- sopravvenuti - n. 5
- definiti - n. 4 (di cui n. 3 con richiesta di archiviazione e n. 1 con richiesta di rinvio a giudizio)
- pendenti al 30.6.2024 - n. 2

Reati in materia ambientale e corrispondenti illeciti "231"

A fini statistici, per il periodo 1.7.2023/30.6.2024:

quanto ai delitti:

- reato di cui all'art. 452 bis c.p.: nessun procedimento sopravvenuto, così come nel periodo precedente;
- reato di cui all'art. 452 ter c.p.: nessun procedimento sopravvenuto, così come nel periodo precedente;
- reato di cui all'art. 452 quater c.p.: nessun procedimento sopravvenuto, così come nel periodo precedente;
- **reato di cui all'art. 452 quinquies c.p.: nessun procedimento sopravvenuto, mentre nel precedente periodo ne sono sopravvenuti 2;**
- reato di cui all'art. 452 sexies c.p.: nessun procedimento sopravvenuto, così come nel periodo precedente;
- reato di cui all'art. 452 septies c.p.: nessun procedimento sopravvenuto, così come nel periodo precedente;
- reato di cui all'art. 452 terdecies: nessun procedimento sopravvenuto, così come nel periodo precedente;
- reato di cui all'art. 452 quaterdecies c.p.: n. 1 procedimento sopravvenuto e trasferito per competenza distrettuale.

quanto ai più comuni illeciti contravvenzionali:

per il reato di cui all'art. 137 D.lvo 152/2006

- pendenti all'inizio del periodo n. 1
- sopravvenuti n.6
- esauriti n. 6 (di cui n. 5 con richiesta di archiviazione e n. 1 trasmesso ad altra A.G. per competenza)
- pendenti alla fine del periodo n. 1

Nel precedente periodo, a fronte di una pendenza di n.1 proc, sono sopravvenuti n. 4 procedimenti e sono stati definiti n. 4 procedimenti con richiesta di archiviazione , con una pendenza finale di n. 1 proc.

Vi è stato, dunque, un **aumento delle sopravvenienze (da n. 4 a n. 6)**

per il reato di cui all'art. 256 D.lvo 152/2006

- pendenti all'inizio del periodo n. 9
- sopravvenuti n. 24
- esauriti n. 22 (di cui n. 1 trasferito per competenza ad altra A.G.; n.2 archiviati per infondatezza della notizia di reato; n.1 estinto per oblazione; n. 15 per archiviazione per altro motivo; n. 2 richiesta di applicazione pena; n. 1 con giudizio ordinario)
- pendenti alla fine del periodo n.11

Nel precedente periodo, a fronte di una pendenza di n. 12 procedimenti, sono sopravvenuti n. 13 procedimenti e sono stati definiti n. 16 procedimenti, con una pendenza finale di n. 9

Vi è stato, dunque, un **aumento delle sopravvenienze (da n. 13 a n. 22).**

Procedimenti in materia di omicidio stradale

Quanto ai procedimenti per il reato di cui all' art. 589 bis c.p., risulta:

al 1.7.2023,

- pendenti: n. 3
- sopravvenuti: n. 8
- esauriti: n. 9 (n. 3 richieste di archiviazione; n. 5 richieste di rinvio a giudizio; n. 1 patteggiamento)
- pendenti al 30/06/2024: n. 2

Con riferimento al periodo precedente i dati sono i seguenti:

al 1.7.2022:

- pendenti n. 2
- sopravvenuti: n. 4
- esauriti: n. 3 (n. 3 richieste di rinvio a giudizio)
- pendenti al 30/06/2023: n. 3

Dati statistici Procura della Repubblica presso il Tribunale per i Minorenni di Trento

Tabella analitica dei dati dei singoli registri penali - raffronto

REGISTRI	Annualità 2022/2023			Annualità 2023/2024			Variazione percentuale (+/-)		
	Mod. 52	Mod. 44	Mod. 45	Mod. 52	Mod. 44	Mod. 45	Mod. 52	Mod. 44	Mod. 45
Pendenze iniziali	128	6	8	139	10	6	+8,60%	+66,00%	-25,00%
Sopravvenuti	471	50	225	461	54	145	-2,12%	+8,00%	-35,55%
Definiti	460	46	227	448	58	151	-2,61%	+26,08%	-33,48%
Pendenze finali	139	10	6	152	6	0	+9,35%	-40%	--

Tabella riepilogativa dei dati di tutti i registri penali - raffronto

SOMMA DI TUTTI I REGISTRI	Annualità 2022/2023	Annualità 2023/2024	Variazione percentuale (+/-)
Pendenze iniziali	142	155	+9,15%
Sopravvenuti	746	660	-11,53%
Definiti	733	657	-10,37%
Pendenze finali	155	158	+1,94%

REGISTRO NOTI:

	Periodo 01.07.2022 30.06.2023	Periodo 01.07.2023 30.06.2024	
Titolo del reato	Numero Procedimenti	Numero Procedimenti	Variazione (+/-)
Rapina – art. 628 c.p.	30	16	-14
Estorsione – art. 629 c.p.	13	7	-6
Danneggiamento e/o imbrattamento – art. 635 c.p e/o art. 639 c.p.	42	50	+8
Lesioni e/o percosse – art. 581 c.p. e/o art. 582 c.p.	91	95	+4

Maltrattamenti in famiglia – art. 572 c.p.	7	8	+1
Violenza privata e/o Minaccia – art. 610 c.p. e/o art. 612 c.p.	47	62	+15
Violenza sessuale e/o pedopornografia – art. 609 c.p. e/o art. 600 ter c.p.	38	37	-1
Resistenza a P.U. – art. 377 c.p.	17	21	+4
Furto – art. 624 c.p.	124	76	-48
Ricettazione – art. 648 c.p.	13	14	+1
Stupefacenti - art. 73 D.P.R. 1990, n. 309	59	44	-15

PRESCRIZIONE E IMPUGNAZIONI:

	Periodo 01.07.2022 30.06.2023	Periodo 01.07.2023 30.06.2024	
Tipologia	Numero Procedimenti	Numero Procedimenti	Variazione %
Archiviazioni per prescrizione			
Ricorsi per cassazione			
Appelli (civili e penali)	2	0	--
Misure cautelari personali non successive ad arresto	7	6	-14%
Sequestri finalizzati a confisca			
Valore (anche indicativo) dei beni sequestrati			
Interdizioni e amministrazioni di sostegno promosse			
Altri procedimenti civili promossi	262	*	--

* Dato non rilevabile da applicativo SICID UAC

Generalstaatsanwalt beim
Oberlandesgericht Trient



Die Beitragsrede finden Sie als PDF-Datei in den *news* auf der Internetseite www.pg-trento.giustizia.it
